## **SOWJET-UNION**

## **Auf ewig**

In Moskau wird vorsichtig ein Tabu-Thema diskutiert: die nationale Autonomie für Sowjetdeutsche.

A m Abend zieht der Lufthansa-Jet aus Moskau eine Schleife über dem glitzernden Frankfurt. Eine Babuschka unter den Passagieren zeigt aufgeregt ihren beiden Enkeltöchtern den Ausblick aus dem Kabinenfenster, in urtümlichem Schwäbisch: "Das ist Deutschland, das ist das Reich." Die Teenager, Sackkleid und blonder Knoten, verstehen kaum noch Deutsch.

Jede Woche kommen per Flug deutsche Aussiedler aus der UdSSR in das Land ihrer Ahnen. Im vorigen Jahr kamen 8276, seit 1959 insgesamt 65 000.

Über zwei Millionen Deutsche leben verstreut in der Sowjet-Union, keiner in Moskau und keiner mehr im ursprünglichen Siedlungsland an der Wolga. Die Hälfte lebt im mittelasiatischen Kasachstan. Dort, nahe der chinesischen Grenze, gibt es fünf nebeneinanderliegende Regierungsbezirke, in denen jeweils um die 100 000 Deutsche angesiedelt sind.

Doch ein autonomes Territorium mit eigenen Schulen und nationaler Verwaltung besitzen sie nicht mehr — obwohl viele weit kleinere Nationalitäten des sowjetischen Vielvölkerstaates über ein geschlossenes Siedlungsgebiet verfügen. Turkmenen, Kirgisen, Letten und Esten, an Kopfzahl geringer als die Sowjetdeutschen, haben sogar eine eigene Unionsrepublik, die in etwa einem Bundesland entspricht.

Selbst der jüdischen Minderheit, heute etwa ebenso stark wie die deutsche, wurde im Fernen Osten ein eigenes Territorium zugeteilt: Birobidschan, das immer noch als nationale Heimstatt der Sowjetjuden gilt, obwohl dort kaum welche lebten.

Doch so ein Nationalbezirk hat Vorteile für eine Minderheit in der UdSSR: "Hätte der Sowjetdeutsche das Gefühl, daß für ihn ein nationales Territorium existiert, wo er zu Hause ist, dann könnte er dorthin auswandern, wenn man ihn wegen seiner nationalen Zugehörigkeit diskriminiert", meint der nach Bonn ausgewanderte Sowjetdeutsche Konstantin Wuckert. "Eine solche Perspektive würde die örtlichen Behörden veranlassen, bei Beschwerden Sowjetdeutscher vorsichtiger zu reagieren."

Viel lieber als an den Rhein würden die meisten Rußlanddeutschen wahrscheinlich an die Wolga wandern, wo sie 177 Jahre lang siedelten. Moskau andererseits möchte seine Deutschen allzu gern behalten, weil sie brave, staatstreue Arbeitskräfte sind und heute außerdem in Gegenden leben, wo der Staat fleißige Hände dringend braucht: in Mittelasien und Sibirien.

Bekommt ein Kolchos-Vorsitzender die Weisung, einen seiner deutschen Landarbeiter ausreisen zu lassen, schlägt er Krach: "Ich gebe drei von meinen Russen ab oder zehn Kasachen, aber den Deutschen behalte ich."

Will der Kreml sie insgesamt behalten, muß er seinen deutschen Bürgern wohl dereinst Gleichberechtigung gewähren, mithin eine eigene Republik innerhalb des sowjetischen Bundesstaates einräumen.

Das Tabu-Thema wurde jetzt zum erstenmal in der Nachkriegszeit öf-



Sowjetdeutsche vor der UdSSR-Botschaft in Bonn: Eine Million Unterschriften?





fentlich angeschnitten — zunächst mit einem Dementi: "Kaum möglich" nannte die sowjetdeutsche Abgeordnete Lydia Kretz die "Wiederherstellung der ehemaligen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen".

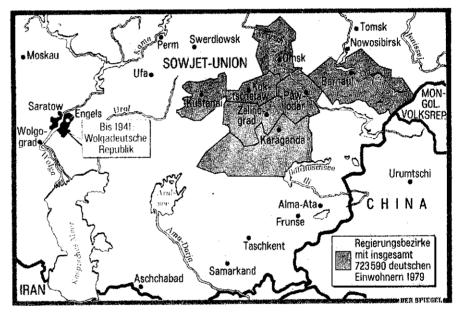
Diese Republik war einmal das erste autonome Minderheitengebiet des jungen Sowjetstaates: 200 Dörfer an der mittleren Wolga mit einer halben Million Bauern deutscher Herkunft hatten sich 1918 zu einer "Autonomen Arbeiter-Kommune" zusammengeschlossen. Mitbegründer und Volkskommissar war der Kriegsgefangene Ernst Reuter, später Bürgermeister in Berlin.

Lenin unterstützte das Unternehmen: "Es ist höchst wichtig, autonome Kreise auch kleinsten Umfangs mit einheitlichem nationalen Kern zu bilden..." Und: "Wäre die Verweige-

Titel "Held der Sowjet-Union" zu erringen.

Doch noch nach dem Krieg, am 26. November 1948, ordnete das Präsidium des Obersten Sowjet die Verbannung aller Deutschen "auf ewige Zeiten" an. Wer den Ort seiner Zwangsansiedlung verließ, und sei cs zu einem Besuch im Nachbardorf, kam bis zu 25 Jahre ins Arbeitslager.

Die meisten wurden nach Adenauers Moskau-Reise 1955 amnestiert, die "Beschränkungen in der Rechtsstellung der Deutschen, die sich in Sondersiedlungen befinden", vom Obersten Sowiet aufgehoben. Ausdrücklich blieb es aber beim Rückkehrverbot sowie bei der Beschlagnahme ihres Vermögens, und das war nicht wenig. Vor der Revolution hatten die Rußlanddeutschen — ohne die baltischen Grundherren — mehr Boden besessen, als es heute in



rung des Rechts einer Nation auf ihren nationalen Staat nicht die Negation der Gleichberechtigung? Gewiß wäre es das!"

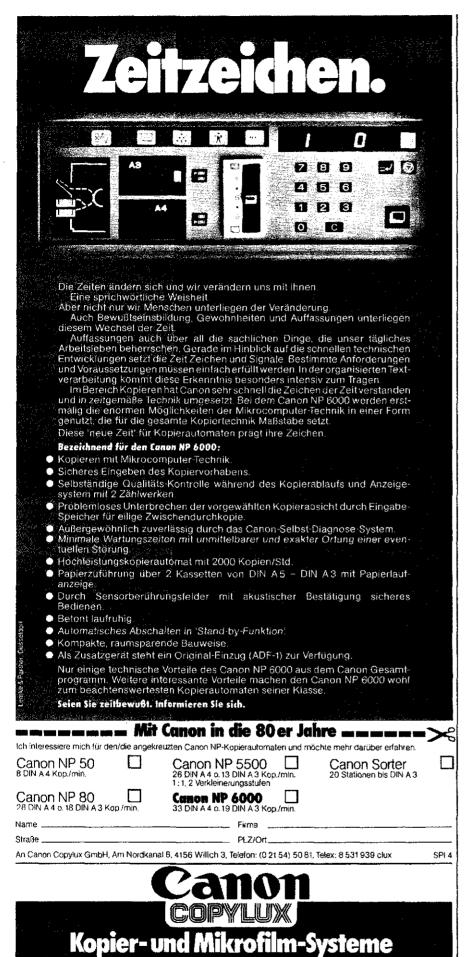
Aus der deutschen Kommune wurde 1924 die Autonome Sowjetrepublik der Wolgadeutschen. Doch zwei Monate nach dem deutschen Angriff auf die UdSSR, am 28. August 1941, verwirklichte Stalin, was der Zar 1916 nur geplant hatte: Er ließ die Wolgadeutschen deportieren.

Begründung: "Zehntausende Spione" bereiteten an der Wolga Sabotageakte vor, und "keiner der im Wolgagebiet ansässigen Deutschen hat den Sowjetbehörden die Anwesenheit einer so großen Zahl von Diversanten und Spionen unter den Wolgadeutschen gemeldet". So kamen alle nach Sibirien, einschließlich der Kommunisten.

Obwohl sie ihr sowjetisches Vaterland nicht verteidigen durften, gelang es vier Sowjetdeutschen dennoch, als Frontkämpfer gegen die Deutschen den der Bundesrepublik an landwirtschaftlicher Nutzfläche gibt.

Am Ende der Chruschtschow-Ära, als Moskau wieder eine Annäherung an Westdeutschland suchte, wurden die Sowjetdeutschen politisch rehabilitiert. Mit dem letzten Erlaß, den Sowjetchef Chruschtschow vor seinem Sturz unterzeichnete, tilgte er den Kollektiv-Vorwurf, alle Rußlanddeutschen seien "Helfershelfer des Faschismus" gewesen: Es habe sich um einen Akt der "Willkür unter den Umständen des Stalinkults" gehandelt.

Zurück an die Wolga durften die Deutschen trotzdem nicht, weil sie — so der Ukas — "in ihren neuen Wohngegenden Wurzeln geschlagen" hätten. Die Sowjetdeutschen schickten eine Delegation zum Kreml. Staatschef Mikojan empfing sie: Die Wiederherstelung der Wolgarepublik wäre zwar die "beste Lösung", sagte er, doch "in der gegenwärtigen Situation" mit ungeheuren wirtschaftlichen Einbußen verbunden. Mikojan: "Was soll aus unseren



Neulandgebieten werden, wenn die Deutschen abziehen?"

Heute sind die Chancen für eine eigene Republik womöglich größer. Der Kreml braucht einen Ordnungsfaktor in den asiatischen Sowjetrepubliken zwischen China und Persien — und er bemüht sich auch wieder um Annäherung an Westdeutschland.

Vor allem aber: Die Rußlanddeutschen haben nach dem Vorbild der jüdischen Exodus-Bewegung begonnen, für ihre Rechte zu kämpfen. Da eine interne Lösung, nämlich Gleichberechtigung mit anderen Sowjet-Nationalitäten, bisher nicht sichtbar wurde, streiten sie für ihre Auswanderung in die Bundesrepublik.

Sie sammelten Zehntausende von Unterschriften und übermittelten die Petitionen der Uno und den USA, da Bonn sie kaum stützt. Sie durchbrachen die polizeiliche Absperrung vor der deutschen Botschaft in Moskau, sie demonstrierten auf dem Roten Platz und vor dem Dienstgebäude des ZK.

26 Sowjetdeutsche, die am 12. Juli ihre Ausreisegesuche im Parteibüro von Frunse (Kirgisien) vortragen wollten, wurden festgenommen. Sechs erhielten wegen "Rowdytums" zwei Wochen Gefängnis, der Chauffeur Nikolaus Repp, 39, und der Kolchosbauer Jakob Neuen, 44, zwei Jahre Lagerhaft.

Untergrundblätter ("Samisdat") stellen die Mindestforderung nach "kultureller Autonomie" — denn bis heute gibt es keine einzige deutsche Schule in der UdSSR, während in der Wolgadeutschen Republik einst 400 deutsche Schulen und fünf Hochschulen existierten.

Dort aber, an der Wolga — so erkundeten illegale Rückkehrer —, sind die ehemaligen Gebiete der Deutschen nur zu einem Drittel besiedelt, die meisten Dörfer noch immer zerstört. Einen Kompromiß zwischen Wolga-Sehnsucht und Selbständigkeit deutete im August die Zeitschrift "Sowjet-Union heute" an, die von der UdSSR-Botschaft in Bonn herausgegeben wird.

Die Zeitschrift, die vor vier Jahren noch die Verbannung der Wolgadeutschen geschönt hatte — sie seien 1941 vor den Invasoren "evakuiert" und "hinter den Ural in Sicherheit gebracht" worden —, veröffentlichte nun ein Interview mit der Deutschen Lydia Kretz, dessen Text nicht ohne allerhöchste Billigung abgefaßt sein kann.

Die Melkerin stammt aus dem rein deutschen Dorf Konstantinowka (früher: Timmertal) im Altai und vertritt zusammen mit der Treckerfahrerin Natalia Gellert aus Kasachstan ihre deutschen Landsleute im Obersten Sowjet.

In ihrem Dementi einer Wiederherstellung der Wolga-Republik hält Frau Kretz eine "neue Variante" gleichfalls

für "kaum möglich", aber eben nicht für unmöglich: eine "Autonome Sozialistische Sowjetrepublik der Deutschen Kasachstans" oder eine solche Republik "der Deutschen Sibiriens".

Möglicherweise war ihr Vorschlag ein Versuchsballon. Denn ein nationales Zentrum in Mittelasien wäre nichts anderes als ein deutsches Bollwerk gegen Chinesen und Mohammedaner. Dagegen spricht laut Lydia Kretz nur etwas, was in Wahrheit dafür spricht: jene Wurzeln, die ihre Sprachbrüder laut Ukas von 1964 vor Ort geschlagen haben — "das erschwert natürlich die Gründung einer autonomen Republik".

Aber: "Wenn jedoch ein solcher Auftrag seitens meiner Wähler erfolgen sollte, werde ich als Deputierte dazu beitragen, daß die entsprechende Kommission des Obersten Sowjet diese Frage behandelt und alle Für und Wider analysiert."

Bisher habe ihr allerdings "noch niemand etwas von der dringenden Notwendigkeit gesagt, den Sowjetdeutschen eine nationale Autonomie zu gewähren".

"Die Wiederherstellung der Republik wünscht nicht nur irgendeine kleine Gruppe Deutscher", hatte hingegen der Abgesandte Bersch 1965 seinem Staatschef Mikojan erklärt: "Wenn wir Unterschriften sammeln könnten, dann würden wir es auf eine Million bringen. Ungeachtet gewisser Verfolgungen haben wir den Glauben an die Partei und die Regierung nicht verloren."

Wenn nicht gar nützlich, ist die asiatische Variante für Moskau jedenfalls weniger gefährlich als die Lösung, die ein sowjetdeutsches Samisdat vorschlägt: Für den Fall, daß der Rückweg an die Wolga nicht mehr möglich sei, weil dort nun andere leben, biete sich ein Umzug ins "Gebiet Kaliningrad" an, den von der UdSSR annektierten Teil Ostpreußens.

Später — so der Oppositionsvorschlag — können sich dann die Rußlanddeutschen an einen Größeren anschließen: an "einen der bestehenden deutschen Staaten".

## **INDIEN**

## Mantras für Indra

Die schwerste Dürre des Jahrhunderts sucht Indien heim, während die Politiker Wahlkampf vor Hilfe stellen.

In ihrer Verzweiflung griffen die Bauern zu den letzten Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen:

In Madaria im Nordosten des indischen Bundesstaates Uttar Pradesch organisierten sie ein "Jagna", ein Hindu-Opfer, bei dem Mantras gemurmelt werden und ein riesiges Feuer brennt, von den Landleuten mit "Ghi", dem in-



